

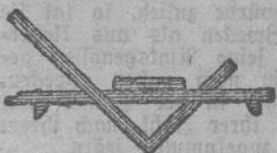
Rottenführer-Zeitung

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner.

Offizielles und fachwissenschaftl. Organ
des Verbandes Deutscher Eisenbahn-



für die Vertretung der Standesinteressen
Rotten- und Hilfsrottenführer G. B.



Die Zeitung erscheint am 1. u. 15. eines jeden Monats und kostet beim Verlage bestellt 1.— Mark, bei der Post bestellt 1.50 Mark pro Vierteljahr, im voraus zahlbar. — Inserate pro 4 gespaltene Petitzeile 25 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und der Verlag an. Abonnenten, welche nicht 10 Tage vor Schluss des Vierteljahres ausdrücklich abbestellen, erhalten das Blatt für ihre Rechnung weiter geliefert.



Jedes Mitglied, welches der oben genannten Beamtensklasse als Beamter oder Hilfsbeamter angehört, ist unter den bekannten gegebenen Bedingungen mit 200 (zweihundert) Mark gegen tödlichen Unfall in oder ausser Dienst versichert.

Nr. 5

Dahlhausen-R., 1. März 1919

8. Jahrgang

Inhalt: Einladung. — Ministerielle Verfügung. — Die Politisierung und Sicherstellung der Beamtenschaft. — Erhöhung der Eisenbahntarife. — Die Beamtengewerkschaft. — Die Sicherung ärztlicher Hilfe für die Rassenpatienten. — Erhöhung der Feuerungszulagen. — Vereinsnachrichten. — Drei Wege zum Ziel. — Notizen. — Briefkasten. — Dankagung. — Versammlungskalender. — Inserate.

Einladung

zum zehnten ordentlichen Verbandstag des Verbandes Deutscher Eisenbahn-Rotten- u. -Hilfsrottenführer G. B., Sitz Essen

am 12., 13. und 14. Juli 1919 in Essen

Restaurant Altessen (Inh. H. Lindner), Rethwigerstraße.

Tagesordnung:

1. Tag.

(Beginn der Verhandlungen nachmittags 2 Uhr.)

1. Prüfung der Vollmachten der Delegierten und Anfertigen der Anwesenheitsliste.
2. Jahres- und Rassenbericht. Berichterstatter: Rüdgers, Berg und die Rassenrevisoren.
3. Bericht über die Entwicklung der Organisationen und deren Ziele. Berichterstatter: Verbandsvorsitzender.

2. Tag.

(Beginn der Verhandlungen vormittags 10 Uhr, 1—3 Uhr Mittagspause, dann Fortsetzung der Verhandlungen bis 6 Uhr, darnach Vortrag.)

4. Standesangelegenheiten. Berichterstatter: Verbandsvorsitzender.
5. Anträge der Bezirksvereine zu Punkt 4 der Tagesordnung. (Anträge müssen vom Antragsteller begründet werden).
6. Aenderung der Satzungen und Höhe der Beiträge.
7. Vorstandswahl: 1. Schriftführer, 1. Schatzmeister.
8. Wahl der Rassenrevisoren und Beisitzer.

3. Tag.

(Beginn der Verhandlungen vormittags 10 Uhr bis zur Eröffnung der Tagesordnung.)

9. Festsetzung der Höhe der für das Geschäftsjahr 1920 zu zahlenden Sterbeunterstützung bzw. Abfindungssumme.
10. Wahl des Ortes des nächsten Verbandstages.
11. Zeitungsvertrag.
12. Verschiedenes.

Anträge des Verbandsvorstandes zum Verbandstag:

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Um den Mitgliedern den Besuch der Versammlungen zu erleichtern und somit auch an den Verbandsbestrebungen mehr teilnehmen zu können, wird es zweckmäßig sein, daß in den weit verzweigten Bezirksvereinen

Ortsgruppen eingerichtet werden. Hierdurch wird eine festere Durchorganisation geschaffen und die Nichtmitglieder werden leichter für den Verband gewonnen.

Zu Punkt 4 „Standesangelegenheiten“ stellt der Verbandsvorstand vorläufig keine Anträge, da er hofft, verschiedene der von ihm bekanntgegebenen Wünsche zur Erledigung zu bringen.

Zu Punkt 6 (Aenderung der Satzungen usw.): In § 1 der Satzungen, vorletzter Absatz, fallen die Worte: „Politische und“ fort. § 2, Teil 2, Absatz 2 erhält den Wortlaut: An laufenden Beiträgen zahlt jedes Mitglied vierteljährlich 3.— Mk. Hierfür wird ihm die Zeitschrift frei gestellt, die alljährlich festgesetzten Sterbeunterstützungen, Abfindungssummen und Rechtsschutz gewährt, desgleichen alle Beiträge für Interessenvertretung durch Großorganisationen, 25 Pfg. verbleiben der Kasse des Bezirksvereins usw.

§ 7 soll lauten: Der Verbandsvorstand besteht aus einem Verbandsvorsitzenden und dessen Stellvertreter, aus einem Verbandschriftführer und dessen Stellvertreter, aus einem Verbandskassamaster und dessen Stellvertreter. Von dem Verbandsvorstand scheidet alle drei Jahre usw.

Der zweitletzte Absatz dieses § fällt ganz fort.

Zu Punkt 9: Die Sterbeunterstützungen und Abfindungssummen sollen in derselben Höhe wie vor gezahlt werden, können dies aber nur bei dieser hohen Sterbeziffer, wenn die Beiträge nach Antrag gezahlt werden. Das Vermögen der Verbandskasse darf unter keinen Umständen sinken.

Ministerielle Verfügung.

Folgende Verfügung bringen wir den Mitgliedern zur Kenntnis:

Berlin W 68, den 1. 12. 18.

Im Anschluß an den Erlass vom 20. 7. 1914 — I V 47 157, 178 betr. Sonntagsdienst der Rottenführer.

Von dem Verband der Eisenbahn-Rottenführer und -Hilfsrottenführer ist erneut der Wunsch vorgebracht worden, daß die Rottenführer nicht zu den Vertretungen und Ablosungen in anderen Dienstzweigen herangezogen werden möchten, indem sie unter Umständen als Untergebene der ihnen unterstellten, vertretungsweise in einer höheren Stellung (z. B. als Fahrplanleiter) beschäftigten Hilfsbediensteten und Arbeiter Dienst tun müssen. Ich bringe deshalb den Erlass vom 20. 7. 14 in Erinnerung, wonach auf keinen Wunsch

Der Rottenführer tünlichst Rücksicht genommen werden soll, dem weiteren Wunsche der Rottenführer, von dem Sonntagsdienst in anderen Dienstzweigen befreit und nur noch zur Dienstbereitschaft im eigenen Dienstkreis herangezogen zu werden, ist zu entsprechen, sofern die Anforderungen des Dienstes und die Personalverhältnisse es gestatten.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten,
gez. Unterschrift.

An die Ba.

Abdr. überlassen wir mit Bezug auf unsere Verfügung vom 3. 8. 14, 3. 1. 15 a. R. u. Beachtung.

gez. Pusch.

Anmerk. d. Red.: Diese Verfügung ist uns durch Zufall zur Kenntnis gekommen. Es wäre richtiger, daß Verfügungen über erfüllte Wünsche der Beamten diesen auch mitgeteilt würden, damit diese auch erleben, daß es im Willen der Verwaltung liegt, die Lage der einzelnen Beamtenklassen zu verbessern. Wie mag wohl die Verfügung des Ministeriums vom 20. 7. 14 und die der R. D. Essen vom 3. 8. 14 gelaute haben? Ist vielleicht ein Mitglied in der Lage, diese bekannt zu geben?

Die Politisierung und Sicherstellung der Beamtenchaft.

Von Adolf Jahn.

Die Einigung der Beamtenchaft ist vollendet. Was bisher kaum möglich erschien, ist Tatsache geworden. Ein stolzes Haus ist aufgeführt, ein gewaltiger Bau ist entstanden, der alle Beamten schirmen und ihnen doch die Möglichkeit geben soll, sich frei zu betätigen. Damit ist der erste Schritt für die wirtschaftliche Sicherung der Beamten getan. Was hinfort auch kommen mag, welche Stürme auch über unser Vaterland dahinbrausen mögen, die Beamten können in ihrer Einigkeit allen Gewalten trosten. Sie sind das Gerippe des Reiches und werden es bleiben. Mit ihnen steht und fällt die Zukunft unseres Vaterlandes, sie verkörpern in ihrer Gesamtheit die ausübende Kraft des Staates, sie sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Ernährung des Volkes, zur freien Ausübung einer jeden Arbeit unbedingt notwendig, eine jede Macht muß mit ihnen rechnen, keine Gewalt kann sie entbehren, daher ist ihre Zukunft gesichert. Ihre Rechte darf niemand antasten, wenn er nicht an ihrer Einheitsfront seine Kräfte zugrunde richten will. Nun aber gilt es den zweiten Schritt zu tun. Die Kräfte, welche sich zusammengefunden haben, müssen in einheitlicher Schlagtreue in den Kampf geführt werden, jene aber, welche sich bisher in wechselseitiger Fehde zerrieben haben, müssen einem neuen Ziele zugeführt werden. Es gilt, die Macht, welche sich zusammengefunden hat, zu voller Wirkung zu entfalten; es gilt, die ganze Kraft der Beamtenchaft zur Tat zusammenzufassen.

Wie aber kann das geschehen? Welche Möglichkeiten bieten sich nun der Beamtenchaft, diejenige Macht im Staatsleben zu geben, welche ihr zukommt? Wodurch dienen die Beamten sich selbst und dem Staate, also dem deutschen Volk am besten?

Bisher standen alle Vereine auf dem Standpunkte, daß sie als solche sich mit Politik nicht befassen dürfen. Jeder hatte in seinen Sitzungen die Erörterung parteipolitischer Fragen verboten. Das war auch natürlich und entsprach ganz der Stellung des Beamten im und zum Staate. Wurde doch jedem Beamten bei seiner Uebernahme ins Beamtenverhältnis der allerhöchste Erlaß vom 4. 1. 1882 und der Staatsministerialbeschuß vom 18. 4. 1896 in die Hand gedrückt, nach welchem ihm hinfort die Bekämpfung der Ziele der Regierung, insbesondere ihrer Gesetzesvorlagen, verboten war. Hatte doch jeder Beamte den Landesherren den Treueid geleistet, welcher ihm bestimmte Schranken auferlegte. Endlich wurden die Vereine von den Behörden überwacht, ihre Vorstandsmitglieder, insbesondere die Vorsitzenden, wurden für die Taten des Vereins verantwortlich gemacht. Es kam vor, daß der Staat gegen die Vorsitzenden einschritt, sei es, daß er sie verurteilte, sei es, daß er sie bestrafte.

Unter diesen Verhältnissen blieb den Vereinen keine Möglichkeit zur politischen Betätigung. Wenn sie irgendwie auf die Parteien einen Einfluß erlangen wollten, so mußten sie ihre Mitglieder abordnen und ihnen empfehlen, selbst durch fleißige Arbeit daselbst sich Geltung und Einfluß zu verschaffen. Nur durch die Parteien konnten die Vereine zur Macht gelangen.

Doch dieser Weg war langwierig und schwer. Außerdem war im alten Deutschland der Beamte der Politik

durchaus abhost. Er wurde, wie die meisten denkenden Deutschen, von dem öden Parteigetriebe, von ihrem Hader untereinander, überhaupt von der ganzen Politik angewidert und abgestoßen. Er war politisch zu wenig geschult, um unter Dornen und Disteln, unter Unkraut und Unrat den Weizen zu erkennen, um das Gute vom Schlechten scheiden zu können.

Endlich hatten die Parteien für die Beamten nur wenig übrig. Sie brauchten zwar ihre Stimmen, und versprachen ihnen vor den Wahlen alles mögliche, aber in die Tat haben sie ihre Versprechungen nicht umgesetzt. Sie waren ja des ewigen Fleißes dieser Braven, ihrer Pflichttreue, ihres Eifers auch so gewiß.

Wenn aber eine Partei einen Beamten zur praktischen Arbeit heranzog, wenn sie ihn sogar zu einem Vorstandsamte oder endlich zu einer Parteiwürde zuließ, so tat sie das wohl mehr aus dekorativen Zwecken als aus Ueberzeugung. Sie wollte Einfluß auf seine Amtsgenossen gewinnen, oder einen gewissen Schein nach außen erwecken. Jedenfalls haben die Beamten bisher in der Politik nicht den Einfluß gehabt, der ihnen nach ihrer Zahl, nach ihrem Werte und nach ihrer Intelligenz zugekommen wäre.

Doch das ist mit einem Schlage anders geworden. Die Not, welche die Beamten gequält hat, hat sie auch gezwungen, nicht still zu stehen, sich mit dem Erreichten nicht zu begnügen, sondern mit allen Kräften in die Politik einzuspringen. Ueberall haben sich die Beamten den Parteien zur Verfügung gestellt, überall waren sie willkommen, überall ist um ihre Seele gerungen worden, und fast überall sind Beamte als Kandidaten für die Nationalversammlung aufgestellt worden. So wurde die Politisierung der Beamten schneller eingeleitet, als man es hoffen konnte; in vielen Landesteilen ist sie bereits vollendet.

Die Frucht dieser Tat ist nicht ausgeblieben. Eine ganze Anzahl von Beamten ist gewählt worden, in fast allen Parteien der Nationalversammlung sitzen unsere Vertreter. So finde ich in der Deutschnationalen Volkspartei den Eisenbahnrechnungsrevisor Degler in Breslau, im Zentrum den Landessekretär Dr. Otto in Diegnitz, den Eisenbahnwagenmeister Franz Kreuz, Essen, den Oberpostkassierer Johann Koch, Münster, den Oberpostsekretär Altesotte, Wülheim a. d. Ruhr und den Mittelschullehrer Jean Albert Schwarz, Frankfurt a. M.; in der Deutschdemokratischen Partei den Vorsitzenden des deutschen Beamtenbundes Ernst Remmers, Berlin und die Mittelschullehrerin Ede in Polen und bei den Mehrheitssozialisten den Postsekretär Willu Steinkopf, Königsberg i. Pr. und den Volksschullehrer Sellmann, Hamburg. Außerdem sind in allen Parteien eine ganze Anzahl höherer Beamte gewählt worden.

Die Verbindung zwischen der Ständevertretung der Beamten und der Nationalversammlung ist also geschaffen. Wir brauchen nicht mehr, wie es früher war, zu den Abgeordneten zu gehen und sie um eine „Audienz“ zu bitten, um sie über unsere Wünsche und Nöte aufzuklären. Wir haben unsere Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften sitzen und lassen diese dort für uns kämpfen. Sie sind unser Mund, sie müssen für unsere Zukunft sorgen.

Und das ist gut so! Denn es gilt jetzt nicht nur in kürzester Frist eine neue Besoldungsordnung für alle Beamte zu schaffen und uns ein auskömmliches Einkommen zu sichern; es gilt nicht nur, uns so zu helfen, daß die Uebernahme eines Arbeiters ins Beamtenverhältnis ein geldlicher Vorteil ist, und das Einkommen so zu bemessen, daß die Ausgleichszulagen endlich wieder auf Nimmerwiedersehen verschwinden, sondern es gilt vor allem das ganze Beamtentum sicherzustellen. Wir wollen nicht, wie es in anderen parlamentarisch regierten Ländern der Fall ist, ein Parteienbeamtentum haben, wir wollen nicht, daß mit dem Siege einer neuen Partei die ganze Beamtenchaft verschwindet und durch Angehörige der neuen Partei ersetzt wird, nein, wir wollen, daß die Beamtenchaft den Machtgeboten der Parteien entzogen wird. Wir wollen nicht, daß die Beamten von der Partei, sondern daß sie vom Staate, von dem gesamten Volke angestellt werden, weil sie nicht einer Partei, sondern dem ganzen Volke zu dienen haben. Wir wollen, daß die Beamtenchaft auf der bisherigen moralischen Höhe bleibt; wir wollen, daß die Welt Deutschland wieder um seine Beamten beneiden soll; denn nur so konnten wir in dem Drunter und Drüber der Revolutionstage unser Vaterland vor dem Schlimmsten bewahren, nur so wird die Parteiwirtschaft unserem Volke erträglich werden und nur so sind wir den großen Aufgaben der Zukunft gewachsen.

Man wende nun nicht ein, daß bisher niemand unser Dasein angetastet hat und daß es niemand antasten wird. Man behaupte nicht, daß auch die jetzige sozialistische Regierung die Rechte der Beamten achten wird, daß sie uns im Wahlkampfe das sogar versprochen hat. Mit Verlaß, das

ist ein Irrtum! Die Sozialdemokratie kann das alte preussisch-deutsche, tüchtige Beamtentum, das nur dem Staate, der Allgemeinheit zu dienen hat, nicht gebrauchen. Das geht klar aus dem noch heute gültigen Erfurter Programm hervor, welches verlangt: Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Und in der parteiamtlichen Erläuterung dieses Programmes heißt es ausdrücklich, daß die bürokratische Wirtschaft, welche von oben herab alles regelt, dem praktischen Leben fern steht und eine Kaste der Schreibstuhls-herren aufrichtet und alle Selbstständigkeit unterdrückt, beseitigt werden soll. Alle Beamten, die Behörden sind vom Volke zu wählen.

Es wird also hier das verlangt, was wir bekämpfen, nämlich daß jede Partei, darunter versteht man doch das Volk, mit ihrem Wahlsieger neue Beamte, nämlich die Parteimitglieder, ernannt und den alten den Laufpaß gibt. Die sozialistische Regierung hat auch, um diese Parteideale zu verwirklichen, bereits im Ministerium des Innern ein Gesetz auszuarbeiten lassen, nach welchem alle Beamte vom 1. April 1919 ab nur noch mit vierteljährlicher Kündigung angestellt sein sollen. Dieser Gesetzesentwurf ist jedoch daran gescheitert, daß die daran arbeitenden Beamten passive Resistenz geübt haben. Die Gefahr ist also noch vorübergegangen, aber sie besteht weiter.

Die Gefahr, daß wir unserer politischen Gesinnung wegen entlassen werden können, ist sogar größer, als wir ahnen; denn nicht nur die Sozialdemokratie erstrebt diesen Zustand, sondern auch die Demokratie scheint auf einem ähnlichen Standpunkte zu stehen.

In den Wahlkämpfen der letzten Tage hat nämlich ein Hauptling der Deutschen demokratischen Partei in Breslau erklärt, daß der Volksrat, dessen Mitglied er sei, bereits mehrere Beamte ihrer Gesinnung wegen beurteilt, d. h. entlassen habe und daß aus dem gleichen Grunde noch mehr Beamte mit seiner Zustimmung entlassen werden würden.

Die Gefahr, daß unser Stand enturzelt wird, ist demnach bereits in voller Größe vorhanden. Unsere Zukunft ist bedroht. Wir alle sitzen bereits auf einem Pulverfasse und nur unser Zusammenschluß, unsere Einmütigkeit, unser stolzer, deutscher Beamteneid kann uns schützen. Darum muß es die erste Tat der in die Nationalversammlung gewählten Beamtentreter sein, für die Sicherung unserer Zukunft zu sorgen. Der gegenwärtige Zustand muß verfassungsgegemäß festgelegt werden, damit niemand an unseren Vorrechten rütteln kann. Die Vereine, die Verbände, die Großorganisationen bis zum großen deutschen Beamteneid, alle müssen die Sicherstellung des Beamtentums fordern, denn die Zukunft aller ist bedroht.

Mögen die Verbände zeigen, was sie zu leisten imstande sind. Wenn sie diese Aufgabe in glücklicher Weise für uns lösen, so haben sie schon damit allein das Recht ihres Daseins bewiesen und sind unseres Dankes für immer sicher.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Mit dem 1. April d. Js. tritt wieder eine weitere Verteuerung des wirtschaftlichen Lebens in Kraft, die ihre Wirkung um so fühlbarer und nachhaltiger anheim wird, als sie eine der Grundlagen des allgemeinen Wirtschaftslebens, das Eisenbahnwesen, betrifft. Es besteht die Absicht, eine erhebliche Tarifierhöhung sowohl für den Personenverkehr wie für den Güter- und Tierverkehr eintreten zu lassen.

Schon im Laufe des letzten Jahres sind die Tarife im Eisenbahnverkehr wesentlich erhöht worden. Trotzdem wird es sich nicht vermeiden lassen, die Tarife noch weiter zu erhöhen. Den Grund bilden im wesentlichen die Ereignisse der letzten Zeit. Die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung sind vermindert worden durch den Wegfall des starken Militärverkehrs, der während des Krieges eine große Einnahmequelle für die Eisenbahnen bedeutete. Hinzu kommt die Einschränkung des Verkehrs überhaupt. Ferner sind die Ausgaben der Eisenbahnverwaltung in erschreckender Weise in die Höhe geschossen. Infolge der zahlreichen Reparaturen, die die Folge des Zustandes unseres rollenden Materials sind, ist eine Vermehrung des Personals, besonders in den Reparaturwerkstätten, nötig geworden. Die Teuerungszulagen und die Demobilisierungszulagen forderten hohe Zuschüsse. Endlich hat auch der Achtstundentag und die dadurch notwendig werdende Einstellung zahlreicher neuer Kräfte dazu beigetragen, den Etat der Eisenbahnverwaltung zu beschweren. Man kann das Mehr der Ausgaben auf etwa 500 Millionen berechnen, während die Mindereinnahme 250 Millionen ausmachen dürfte.

Insgesamt wird der Fehlbetrag für das Rechnungsjahr 1919 auf rund 1 1/2 Milliarden geschätzt. Diesen Fehlbetrag durch Ersparnisse auszugleichen, ist unmöglich. Allerdings ist eine organische Umgestaltung des gesamten Eisenbahnwesens in Aussicht genommen. Sie läßt sich aber nicht so schnell durchführen, daß sie Einfluß schon jetzt auf die Finanzierung gewinnen kann. Es bleibt nur eine namhafte Erhöhung der Gebühren möglich, wenn die Eisenbahn nicht mit staatlichem Zuschuß arbeiten soll.

Die Erhöhung der Tarife soll für den Güter- und Tierverkehr einen Zuschlag von 60 Prozent zu dem jetzigen schon erhöhten Tarife bringen. Später soll eine andere Gestaltung der Gütertarife eintreten. Man hat aber vorläufig, um schnell neue Einnahmen zu erzielen, zu dem Mittel der prozentualen Tarifierhöhung greifen müssen.

Auch den Personenverkehr hat man von den Tarifierhöhungen nicht freilassen können. Breußen hatte den bundesstaatlichen Eisenbahnverwaltungen Vorschläge gemacht, die in verschiedenen Konferenzen eingehend beraten wurden. Es stellte sich heraus, daß die finanziellen Verhältnisse der übrigen bundesstaatlichen Eisenbahnverwaltungen noch ungünstigere Resultate ergaben als die preussischen. Dadurch wurde es nötig, noch über die preussischen Vorschläge hinauszugehen. Es werden also künftig in sämtlichen bundesstaatlichen Eisenbahnverwaltungen die folgenden Tarifierhöhungen zu den jetzigen Fahrpreisen vorgenommen werden:

für die 4. Klasse 25 vom Hundert

„ 3. „ 30 „

„ 2. „ 40 „

„ 1. „ 100 „

Der Stadt-, Ring- und Vorortverkehr in Berlin und Hamburg wird von diesen Zuschlägen freibleiben. Es ist das geschehen aus Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Einwohnerschaft, zumal der Arbeiterschaft, dieser Millionen-Städte, deren Lage man durch die erhöhten Fahrausgaben nicht verschlechtern will. Für den gesamten Eisenbahnverkehr wird die Ergänzungsgebühr für Schnellszüge in Zukunft wegfallen. Die Zuschläge für Schnellszüge werden etwas anders geregelt werden und eine geringe Erhöhung erfahren. In Aussicht genommen ist ferner die Einführung des Zweiklassensystems für den gesamten Eisenbahnverkehr, so daß es dann nur eine Vollpreisklasse und eine andere Klasse geben soll. Vorläufig ist aber die Durchführung dieser Neuordnung aus technischen und wirtschaftlichen Gründen nicht möglich, da sich der Umbau der Eisenbahnwagen zurzeit nicht durchführen läßt, und ferner die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung durch das Zweiklassensystem wesentlich herabgesetzt werden würden. Jedoch beabsichtigt man, in absehbarer Zeit die erste Wagenklasse völlig wegzulassen zu lassen; ausgenommen hiervon soll lediglich der internationale Durchgangsverkehr bleiben, da man sich bei diesem den Einrichtungen außerdeutscher Eisenbahnverwaltungen anpassen muß. Für den Stadt- und Vorortverkehr soll in Zukunft nur eine einzige Klasse bleiben, und zwar soll das im Berliner Vorortverkehr zugleich mit der Elektrifizierung dieses Verkehrs durchgeführt werden. Als erste Linie für die Elektrifizierung ist die Strecke Stettiner Bahnhof—Oranienburg in Aussicht genommen. Sie wird also zuerst das Einklassensystem führen.

Wie haben sich doch die Zeiten und die Verhältnisse geändert. Die preussische Eisenbahn, einst das Rückgrat der preussischen Finanzen, diejenige Verwaltung, deren bedeutende Überschüsse die Grundlage der preussischen Finanzwirtschaft bildeten, ist unter dem Zwang der wirtschaftlichen Wirkungen dieses unglückseligen Krieges nun schon zum wiederholten Male gezwungen, eine namhafte Erhöhung der Tarife eintreten zu lassen, um sich lebensfähig zu erhalten. Die Gründe für diese Erhöhung sind gewiß aus sich selbst heraus zwingend und unumgänglich, aber es ist bedenklich, daß sich damit wieder eine weitere Verteuerung des allgemeinen Wirtschaftslebens und der Lebenshaltung des Volkes vollziehen wird. Leider bietet sich für eine absehbare Zukunft noch nicht die Aussicht auf eine Entspannung unserer Wirtschaftslage. Ursachen und Wirkungen der fortschreitenden Verteuerung stehen unter dem Zwang der durch den Krieg verursachten Zustände, und auf Jahrzehnte hinaus können wir uns von dem wirtschaftlichen Druck nicht befreien, den dieser Krieg gesetzt hat.

Die Beamtengewerkschaft.

Von Albert Falkenberg.

Die auf Einladung der Interessengemeinschaft deutscher Beamteneidverbände am 14. November 1918 in Berlin versammelten Vertreter von 1 1/2 Millionen Mitgliedern der Vereinigten Zentralverbände der Beamten haben u. a. die Ein-

berufung eines Deutschen Beamtentages beschlossen, „um die Gründung des alle Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten sowie Lehrer umfassenden deutschen Beamtensbundes auf gewerkschaftlicher Grundlage zu vollziehen“.

Die Notwendigkeit der ausdrücklichen Betonung des Gewerkschaftscharakters der künftigen Zentralorganisation mag vielerwärts nicht gleich verstanden werden, so daß Widerstände nicht vollkommen ausgeschlossen sind. Ueber die neue, einzig mögliche Grundlage der noch zu schaffenden Zentralorganisation der Beamten muß aber wenigstens in Beamtentreisen von vornherein völlige Klarheit herrschen. Darum wird es nötig, schon jetzt Aufklärung in den betroffenen Kreisen über Wesen und Praxis der gewerkschaftlichen Organisation zu schaffen.

Gewerkschaftlich organisiert ist der Verband, der als reine Berufsgenossenvertretung mit allen erreichbaren Mitteln zunächst die Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen seiner Mitglieder erstrebt. Jeder in dieser Richtung erzielte Gewinn dient natürlich auch der sozialen und kulturellen Hebung der betreffenden Organisationschicht, so daß wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gesichtspunkte für das Einheitsprogramm der Gewerkschaft in Frage kommen.

Bis zu einem gewissen Grade läßt sich bei den Beamtensverbänden der gewerkschaftliche Organisationscharakter feststellen, jedoch mit der grundsätzlichen Einschränkung, daß sie nicht alle auch ihnen erreichbaren Mittel zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage in Anwendung bringen, ja, daß sie ausdrücklich auf den Gebrauch des sogenannten Streikrechts verzichten. Aus einem einzigen Grunde allein mußten die Beamten die Ausübung des Streikrechts preisgeben: man kann nicht streiken und zugleich das Recht der lebenslänglichen Anstellung und der damit verbundenen Pensionsgewährung für sich in Anspruch nehmen. Wenn den Beamten ihr bisheriges Grundrecht gewahrt wird, ist von vornherein jede Diskussion über die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Streikrechts seitens der Beamten ausgeschlossen — auch wenn sie in streikfester Form gewerkschaftlich organisiert sind.

Wer aber will heute voraussetzen, ob der traditionelle Beamtenscharakter erhalten bleibt. Preussische Regierung und Vertreter der zivilen Reichsregierung haben zwar — soweit sie dies unter den obwaltenden Umständen in bindender Form überhaupt tun können — in Aufrufen bekanntgegeben, daß den Beamten ihre gesetzlichen Ansprüche unverkürzt gewahrt bleiben sollen, wenn sie, wie bisher, ihre Kräfte in den Dienst der neuen Regierung stellen würden. Die Beamten haben ihrerseits die feierliche Gegenerklärung veröffentlicht, daß sie, um das Vaterland nicht in Schwierigkeiten zu stürzen, auch der neuen Macht dienen wollen. Soweit wäre also alles in schönster Ordnung, wenn es so bliebe. Aber es bleibt zweifellos nicht so.

Selbst angenommen, die Vernunft würde — was wir wünschen und hoffen — über den drohenden bolschewistischen Terror siegen, dann bestände immer noch die Wahrscheinlichkeit der Beseitigung des reinen Beamtenscharakters der Staatsangestellten, weil die Vertreter des in dem demokratisch-republikanischen Deutschland vorhandenen sozialistischen Einschlags in der Aufrechterhaltung eines klassenstarken Berufsbeamtentums die Gefahr der Wiederkehr des Bürokratismus als des Lohfeindes der Demokratie erblicken würden.

Bis zur Entscheidung dieser heute offenstehenden Fragen mag die Beamtenschaft ihr Hauptaugenmerk auf die gewerkschaftliche Praxis richten. Wenn gewisse Kreise im Beamtentum der gewerkschaftlichen Organisationsform fremd gegenüberstehen — zumeist übrigens nur deshalb, weil bisher von vielen Beamten gewerkschaftliche Organisationsarbeit als eine Art sozialdemokratischer Radikalismus angesehen wurde, von dem der Beamte unter allen Umständen die Finger zu lassen hätte — so müssen schließlich doch die innerlich Widerstrebenden erkennen, daß es einen anderen Weg als den der gewerkschaftlichen Praxis nicht geben kann, wenn die Arbeit der Beamtensorganisation von Erfolg gekrönt sein soll. Aber auch äußere Umstände zwingen zur Beschreitung dieses Weges. Schon jetzt erklärte ein Mitglied des Zentralkrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, daß nur diejenigen Beamtensorganisationen Abgeordnete in den Arbeiter- und Soldatenrat entsenden könnten, die den einwandfreien Nachweis zu liefern vermöchten, daß sie bereits vor dem Kriege gewerkschaftlich organisiert gewesen wären. Wenn das Zentralkratsmitglied den Beamten die Nichtausübung des Streikrechts als in den früheren Zuständen begründet nachließ, so machte es von seinem sozialistischen oder gar bolschewistischen Standpunkte mindestens Konzessionen, vielleicht aus taktischen Gründen, vielleicht, um die Mitarbeit der augenblicklich für die Aufrechterhaltung der Ordnung besonders wichtigen Beamtenträfte sich sichern.

Rein äußerlich betrachtet, kann, wie gesagt, die Mehrzahl der Beamtensverbände den Nachweis gewerkschaftlicher Organi-

isationsform erbringen. Der innere Ausbau auf gewerkschaftlicher Linie fehlt aber vielfach noch vollkommen. Es fehlt in erster Linie an der einheitlichen Beamtensbewegung. Im Sinne einer geschlossenen Arbeiterbewegung gibt es keine Beamtensbewegung. Sie wird ja nun geschaffen werden, eben durch den Deutschen Beamtensbund. Hätte der Beamte in der Zeit vor dem Kriege mehr gewerkschaftliche Schule durchgemacht, dann stände der Deutsche Beamtensbund vermutlich schon auf festen Füßen. Was jetzt an Tagen verpaßt wird, läßt sich in Jahren nicht wieder einholen. Das den Beamten seither fehlende Solidaritätsbewußtsein ist unter dem Zwange äußerer und inneren Geschehens schneller gewachsen, als es früher während eines Jahrzehnts hätte wachsen können. Auch der bescheidenste Verein hat begriffen, daß er ohne Angliederung an die Zentralorganisation zu ewiger Erfolgslosigkeit verdammt sein würde.

So kommt — wenn auch ein wenig spät — der Deutsche Beamtensbund. Er kann nur als gewerkschaftliche Einheit etwas bedeuten, sowohl nach außen als auch in sich. Gerade die Beamtengewerkschaft wird für den Aufbau der inneren Freiheit aller im Staate mehr bedeuten als mancher Gewerkschaftsbund freier Berufsschichten, und zwar nicht nur, weil sie über nicht geringe qualitative Kräfte in ihren Reihen verfügt, sondern auch deshalb, weil diesen Kreisen künftig als Volksbeauftragten und nicht mehr als Angehörigen einer vollstremenden Kaste die Ausführung der neuen Staatsidee übertragen werden wird. Dieser ehrenvolle Auftrag verpflichtet diejenigen, welchen der Aufbau der Verfassung des Deutschen Beamtensbundes zufällt, zur Anwendung der voraussetzungslosen Wissenschaft. Sie dürfen nicht am Hergebrachten kleben, die Zukunft muß ihr Lehrmeister sein.

Gewerkschaftliche Praxis bedeutet mehr als Beachtung äußerer Formen. Jetzt gilt es, die Konsequenz des Gedankens durch die Tat zu beweisen, wie wir es seit langem gefordert haben. Der Organisationsgedanke wird abgelöst durch den Gewerkschaftsgehalt, der Ausbruch findet in der konsequenten Durchführung zeitgemäßer Ideen. Diese Ablösung ist viel revolutionärer, als viele auf den ersten Blick glauben mögen, sie verlangt nämlich die Herstellung der Organisationsseinheit. Wenn sie in der Beamtengewerkschaft Wirklichkeit werden soll, ist es notwendig, daß alle Gewerkschaften sich auch innerlich als zu der Berufseinheit gehörig fühlen. Das ist gerade für die Beamten etwas unerhörtes Neues, denn nirgendwo in Berufen ist die Abgrenzung nach Ämtern, Titeln, Würden bisher mit solcher Präzision durchgeführt worden, wie in der Gliederung der Beamtensverbände. Die Ohnmacht, zu der die Beamten als Berufsstand politisch verurteilt waren, hatte gerade in dieser sinnlosen, nur scheinbar planvollen Zersplitterung ihres Organisationswesens den hauptsächlichsten Grund. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: wenn künftig die Postbeamten als Berufskategorie durchgreifende Erfolge erzielen wollen, können sie das nur durch Zusammenschluß zu einer Berufseinheit, deren Stufen allen in ihr Wirkenden auf Grund des Befähigungsnachweises erreichbar sein müssen. Der Zustand darf nicht bleiben, daß die Kategorien der unteren, mittleren und höheren Beamten jede für sich in einander fremden Welten leben, jetzt muß ganze Arbeit geleistet werden. Der Satz: Freie Bahn allen Tüchtigen! darf nicht weiter als Dekorationsstück benutzt werden. Er ist Hebel für die Ausweitung des Programms der Berufseinheit. Jede Berufseinheit hat ihre Forderungen von höheren Gesichtspunkten zu stellen als nur von dem, daß die Erhöhung der Befoldung oder die Modernisierung des Beamtensrechts zu geschehen habe, damit die Beamten möglichst unberührt vom Daseinstampfe dahinleben können. Wer sich auf gewerkschaftlicher Grundlage organisiert, hat die Pflicht, sein eigenes Dasein nicht ohne Zusammenhang mit anderen, außerhalb seines Kreises Stehenden zu leben und seine Innen- und Umwelt als Ganzes von höherer Warte zu betrachten.

Mit diesem Zielstreben finden sich die Berufseinheiten der Beamten zu der höheren Einheit in dem Deutschen Beamtensbunde zusammen. Er soll ihnen die Ordnung ihres eigenen Organisationsbaues sein. Diener am Ganzen, bleiben sie Herr im eigenen Hause. Der Deutsche Beamtensbund übernimmt die Exekutivgewalt für das gesamte Beamtentum. Was in seine Kanäle geleitet wird, muß schon den Weg der Läuterung hinter sich haben. Er muß in den großen Fragen zum Spracherhörer aller gegenüber Regierung, Parlament und Öffentlichkeit gemacht werden. Wenn die Beamten mit ihrer Millionen-gewerkschaft auf den Plan treten, kann niemand im Volke gegen sie den Vorwurf erheben, daß sie die Sonderinteressen einer Beamtentaste vor dem frischen Luftzuge der Zeit bewahren wollten. Ohne umfassende gewerkschaftliche Organisation würden sich die deutschen Beamten sowohl zum eigenen Schaden als auch zum Nachteil der Volksgesamtheit aus der politischen Allgemeinbewegung ausschalten.

Die Sicherung ärztlicher Hilfe für die Kassenpatienten.

(Eine wichtige Neuordnung für alle Krankenkassenmitglieder.)

Mitgeteilt von Dr. Hans Lieske, Leipzig.

Mit dem Ende des Jahres ist ein großer Teil der Verträge der Krankenkassen mit ihren Ärzten abgelaufen. Neue Vereinbarungen aber sind nicht zustande gekommen. Dar- aus erwuchs die Gefahr ernstlicher Hemmungen der ärzt- lichen Versorgung der Kassenmitglieder. Zwar hat sich die Reichsleitung bemüht, eine Einigung zwischen den Organi- sationen der Ärzte und der Kassen herbeizuführen; diese Mühe ist aber gescheitert. Trotzdem mußte die drohende Gefahr mit allem Nachdruck bekämpft werden. Die Regierung hat deshalb eine Verordnung zur Sicherung der ärztlichen Versorgung bei den Krankenkassen erlassen. Ihr Gedanken- gang ist folgender: Hauptsache ist und bleibt, daß die Kassen- patienten nicht unter der Uneinigkeit von Kassen und Ärzten über die Bedingungen der Behandlungen leiden. Daher soll die Behandlung der Patienten einseitigen unter den alten Vertragsbedingungen fortgesetzt werden, jedoch vorbehaltlich eines Schiedspruchs über die Aenderung dieser Bedingun- gen mit Rückwirkung vom Vertragsablauf ab. Die Kassen aber sollen den Ärzten, den Zeitverhältnissen entsprechend, von vornherein eine Erhöhung ihrer Vergütung zusagen, deren Maß dann beim Nichtzustandekommen einer unmittelbaren Ver- ständigung der Festlegung durch den Schiedspruch überlassen werden soll. Mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen wird sich solch ein Schiedspruch innerhalb ge- wisser Grenzen bewegen. Die Erhöhung soll im allgemeinen 20 v. H. betragen, beim Nachweise besonderer Verhältnisse aber bis auf 10 v. H. herunter — oder bis auf 33% v. H. hinaufgehen dürfen. Diese Beschränkung gilt nicht für Fuhr- kosten, weil diese an vielen Orten besonders starke Aenderun- gen erfahren haben. Auch soll da, wo die Vergütung nach den Mindestsätzen der ärztlichen Gebührenordnung stattfindet, eine inwischen etwa schon erfolgte Heraufsetzung dieser Ge- bührensätze bei Bemessung der Erhöhung entsprechend be- rücksichtigt werden. Die Abmachungen oder Schiedsprüche sollen nur für die Dauer des Jahres 1919 gelten. Inzwischen haben die Parteien Zeit genug, sich untereinander über die Bedingungen längerer Verträge zu verständigen. Es handelt sich also nur um eine Uebergangszeit von verhältnismäßig kurzer Dauer, einer Abrede, der beide Teile im allgemeinen Interesse ohne erheblichen und dauernden Nachteil für die eigenen Wünsche sehr wohl beitreten können. Ein Zwang, Vereinbarungen auf dieser Grundlage zu treffen, kann nat- ürlich nach keiner Seite hin ausgeübt werden. Immerhin findet ein gewisser mittelbarer Druck doch statt. Nach der Reichsversicherungsordnung (§ 370) kann nämlich die Kasse vom Oberversicherungsamte unter gewissen Voraussetzungen ermächtigt werden, statt der ärztlichen Behandlung eine bare Leistung bis zu 2/3 des Durchschnittsbetrages ihres gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren. Und zwar ist solche bare Leistung dann statthaft, wenn bei einer Krankenkasse die ärztliche Ver- sorgung ernstlich gefährdet ist, weil die Kasse zu ange- messenen Bedingungen keine ausreichende Zahl von Ärzten findet. Nun erklärt die neue Verordnung der Regierung aber ihre darin den Ärzten gestellten Zumutungen für ange- messen. Hat also eine Kasse ihren Ärzten Verträge auf der neuen Grundlage vergeblich gemacht und erscheint die ärzt- liche Versorgung bei ihr ernstlich gefährdet, so wird sie vom Versicherungsamte widerruflich ermächtigt, statt der Kranken- pflege oder sonst erforderlichen ärztlichen Behandlung eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln des Durchschnittsbetrages ihres gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren. Dieses Recht gleicht wenigstens in gewissem Grade den Nachteil aus, in dem sich die Kassen den Ärzten gegenüber im Streitfalle befinden, daß nämlich die Kassen ihren Mitgliedern sonst ärztliche Behandlung gewähren müssen, die Ärzte aber solche zu leisten nicht gezwungen sind. Wegen Verechnung des Durch- schnittsbetrages des gesetzlichen Krankengeldes im Sinne des § 370 R.-V.-O. wird noch eine besondere Anweisung des Reichsarbeitsamtes ergehen.

Erhöhung der Teuerungszulagen.

Wie wir bereits vor einiger Zeit mitteilten, hat der Deutsche Beamtenbund Besprechungen im Reichsfinanzamt und im preussischen Finanzministerium eingeleitet, die die notwendige Erhöhung der Teuerungszulagen zum Gegenstand haben. Ueber die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung brauchen wir an dieser Stelle nicht mehr zu reden. Da sich der Abbau der hohen Preise noch immer nicht erhoffen läßt, ist die Not-

wendigkeit der Erhöhung der Teuerungszulagen eine selbst- verständliche Forderung. Die Beauftragten des Deutschen Beamtenbundes führten dies in den Besprechungen aus, sie machten nach der „Deutschen Postzeitung“ folgende Gesicht- punkte dazu geltend: mit der Demobilisierung sei fortge- setzt die Nachfrage auf dem Wirtschaftsmarkt vergrößert wor- den, wohingegen die Preisüberwachung nachgelassen habe. Auch der Lohnholzwirtschaft gewisser Kreise treibe die Preise mehr und mehr hinauf. Der steigende Mangel an rationierten Lebensmitteln mache, um der nun auch ärztlicherseits nachge- wiesenen Unterernährung zu begegnen, die Inanspruchnahme des Schleißhandels mit seinen enormen Preisen immer unum- gänglich. Die Kosten für Mieten, Heizung, Beleuchtung, Gesundheitspflege, Haushaltshilfe, Verkehrsmittel und für vieles andere mehr seien in letzter Zeit ganz erheblich ange- wachsen, ein Auskommen mit den bisherigen Bezügen ganz unmöglich. Rund um die Beamenschaft herum finde eine Einkommenserhöhung von beispiellosem Umfange statt. Auch Kreisen, die in ihrem Arbeitnehmerverhältnis sich stark an das der Beamten annähern, wie beispielsweise bei den großen monopolisierten Verkehrsanstalten, würden Löhne und Ge- hälter gewährt, hinter denen die der Beamten weit zurück- blieben. So sehr es der Beamenschaft fernliege, sich unter Ausnutzung von Nachmitteln hohe Einkommen zu erzwingen, und bei allem Verständnis, das sie den Notwendigkeiten der öffentlichen Wirtschaft entgegenbringe, könne sie doch nicht hinter dem materiell für sie Notwendigen zurückstehen. Die von der Beamenschaft während der Kriegsjahre gelübte Selbst- beschränkung der Wünsche sei zu ihrem dauernden Schaden ausgeschlagen.

Bezüglich des Systems der künftig zu gewährenden Zu- lagen habe die im Deutschen Beamtenbunde zusammenge- schlossene Beamenschaft sich einmütig für eine an alle über- haupt mit Teuerungszulagen zu bedenkenden Beamten ohne Standesunterschied zu gewährende Einheitszulage entschieden. Das Doppelsystem der Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen mit seinen für die einzelnen Beamtenkategorien insge- samt recht belanglosen Unterschieden solle damit wegfallen. Dabei werde jedoch der Vorbehalt gemacht, daß die Art der Teuerungszulage auf die künftige Besoldungsregelung keinen Einfluß haben dürfe. Diesem Einheitswillen eines übergroßen Teils aller Beamten werde die Regierung unter den neuen Verhältnissen Rechnung tragen müssen.

Die Höhe der Einheitszulage müsse von dem unter den obwaltenden Verhältnissen notwendigen Existenz- minimum bestimmt werden, das der Verband der unteren Reichs-Post- und Telegraphenbeamten aus verschiedenen Fak- toren auf jährlich 4000 bis 4500 Mark berechnet hat. Dem entspreche ein Grundbetrag der Einheitssteuerzulage von monatlich 250 Mark für Beamte ohne Kinder, dem eine Monatszulage von 50 Mark für jedes Kind hinzutreten müsse. — Im Reichsfinanzamt wurde darauf erwidert, daß die Zu- lagen in der geforderten Höhe für die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten eine ungeheure dauernde Belastung bilden. Dieser Umstand sei um so mehr von Gewicht, als die Zahlung jetzt nicht mehr vom Kriegsfonds erfolgen könne, sondern in den Haushaltsplan einbezogen werden müsse. Das Hoch- schrauben der Löhne führe wirtschaftlich an den Abgrund und sollte von den Beamten nicht mitgemacht werden. Das Reichsfinanzamt müsse bei aller Anerkennung der Tätigkeit der Beamten notgedrungen bremsen. Die Beamtenvertreter blieben aber bei der Betonung der Notwendigkeit der Er- höhung der Teuerungszulagen mit Rückwirkung vom 1. Januar 1919. Die Wünsche der Beamten wurden schließlich — dem Wünsche der Behörden entsprechend — in schriftlichen Ein- gaben niedergelegt.



Vereinsnachrichten.



Bez.-B. Allenstein. Kollegen! Wacht und folget mei- nem Rufe, jetzt ist noch Zeit, damit wir nicht zu spät kom- men. Werbet und befehrt die noch fernstehenden Kollegen, daß sie sich uns anschließen, damit wir unsere Standesinter- essen vertreten können. Eifrig an die Arbeit, es ist nichts zu versäumen. Einigkeit macht stark. Nächste Versammlung findet Sonntag, den 6. April, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Salsogarten statt. G. L. W. e. k. n., 1. Vorst.

Bez.-B. B.-Mittershausen. Unsere Versammlung findet am 6. April, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal statt. Sämt- liche Kollegen werden dringend dazu eingeladen. Die wichtige Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgemacht. A. H. n., 1. Vorsitzender.

Bez.-B. Berlin. Versammlungsbericht und Einladung. Am 7. Februar, abends 7 Uhr, eröffnete der 1. Vorsitzende,

Kollege Ruck, die Versammlung. Tagesordnung: 1. Verlesen der Niederschrift der letzten Versammlung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereins- und Verbandsangelegenheiten. 4. Bundesangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Punkt 1 wurde erledigt. Aufgenommen wurden 5 neue Mitglieder und vom Vorsitzenden im Namen des Vereins begrüßt. Zu Punkt 3 wurden verschiedene Vereinsangelegenheiten besprochen. Auch der Geschäftsbericht des Verbandes wurde eingehend geprüft. Etliche Kollegen fanden die Ausgaben ziemlich hoch, so z. B. bei Vorstandssitzungen und an Agitationsgedern. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, der Verbandsvorstand möge doch die Bezirksvorstände darüber aufklären, wie und wo die Gelder verwendet sind, damit diese den Mitgliedern Aufklärung geben könnten. Nach Besprechung der Bundesangelegenheiten mußte die Versammlung geschlossen werden. Nächste Versammlung am Freitag, den 7. März, abends 7 Uhr, im Vereinslokal Berlin-D., Andreasstr. 20. (Andreasfestele).

J. A.: J. U. B. o b e r k, 1. Schrift.

Bez.-B. Breslau. Bekanntmachung. Alle Vereinsmitglieder, welche noch keine Winterhutmäntel erhalten haben, werden dringend ersucht, dem Unterzeichneten bald Mitteilung zu machen. Außerdem wird noch besonders bekannt gemacht, daß jedes Mitglied 10 Mark zum Standesfonds zu zeichnen hat, das sind 2 Prozent von der einmaligen Feuerungszulage von 500 Mark. Diese 10 Mark sind ebenfalls an unseren 1. Schatzmeister, R. Johann Simme, Brodau b. Breslau, Gr. Koloniestr. 14a, einzusenden. Die nächste Vereinsversammlung findet Sonntag, den 6. April 1919, nachm. 2 Uhr, im Vereinslokal in Breslau statt. Es liegt im Interesse aller Kollegen, daß die Versammlung recht zahlreich besucht wird, da ich als Mitglied des Beamtenrats in der Lage bin, über alle neueren Verfügungen den Mitgliedern Aufklärung zu geben. J. A.: H e i n r. S c h o l z, 1. Vors.

Bez.-B. Dortmund. Versammlungsbericht und Einladung. Wegen Erkrankung unseres 1. Vorsitzenden wurde die Versammlung am 5. Januar 1919 vom 1. Schriftführer eröffnet und geleitet. Er dankte zunächst den anwesenden Kollegen für das Erscheinen. Unter Punkt 1 wurden 3. Kollegen für den 1. 4. 19 zur Neuaufnahme angemeldet, nämlich: Kollegen Risse und Geis von Langendreer und Köhler von Hörde. Die Zahlung der Beiträge wurde unter Punkt 2 glatt erledigt. Zu Punkt 3 wurde die Eingabe des Hauptvorstandes über die Wünsche der Kottenführer bekanntgegeben und fand allgemeinen Beifall. Möge doch endlich unsere hohe Verwaltung von der Erkenntnis durchdrungen sein, daß, wenn ein genügender Ersatz der Kottenführer geschaffen werden soll, dieselben in die Klasse der Werkführer gehören. Ein jeder der besten Arbeiter äußerte jedesmal: Kottenführer werde ich nicht. Und warum nicht? Weil der Dienst ein schwerer ist und nicht dafür entlohnt wird. Hoffentlich bringt das neue Jahr die gewünschte Gleichstellung. Zu Punkt 4 wurde der Antrag gestellt, der Vorstand möge unsere hohe Verwaltung um Gewährung einer Beihilfe ersuchen, wie sie die Vorsteher und Beichensteller und andere Beamte auch bekommen hätten, damit wir bei späterer Gewährung nicht wieder übergegangen würden, weil doch ganz besonders der Kottenführerdienst während des Krieges ein schwieriger war. Er mußte sämtliche Arbeiten mit jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften ausführen. Unsere nächste Versammlung findet am 6. April 1919, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ersuche ich jeden dienstfreien Kollegen, ganz bestimmt zu erscheinen.

J. A.: W e g m a n n.

Bez.-B. Duisburg. Bekanntmachung und Einladung. Unsere nächste Versammlung findet infolge besonderer Umstände erst am 2. Osterfeiertage, den 21. 4., nachm. 2½ Uhr, im Vereinslokal, Duisburg, statt. Wegen der großen Wichtigkeit der Tagesordnung (u. a. Vorstandswahl, Anträge zum diesjährigen Verbandstage) bitte ich um vollständiges Erscheinen. Unser Herr Verbandsvorsitzender, Kollege Karl Schneider, wird unserer Versammlung beiwohnen. Weiterhin den Kollegen die freudige Mitteilung, daß wir seit dem 1. Januar 25 neue Mitglieder gewonnen haben. Indem ich sämtlichen Kollegen für ihre treue Werbearbeit bestens danke, begrüße ich die neuen Kollegen mit der Bitte, uns nun auch in der Werbearbeit unterstützen zu wollen, indem sie die noch fernstehenden Kollegen auftrüben und unsern Verbande zuführen, damit wir auch endlich ein geschlossenes Ganze bilden zum Wohle unseres Standes, unserer Familien und Nachkommen. Den Kollegen des Betriebsamtes Wesel und den 4 Kollegen der Betriebsämter 2 und 3, Duisburg, die im vorigen Jahre bei der Verteilung von Remunerationsgeldern nicht bedacht wurden, zur frebl. Nachricht, daß die erneute Eingabe um Nachbewilligung in Händen der Eisenbahn-Direktion Essen ist und dem Gesuche wohl baldigst Folge gegeben wird.

Johann Fink, 1. Vors.

Bekanntmachung an sämtliche Kollegen der Eisenbahn-Direktion Essen. Auf unsere Eingabe, bezügl. Ueberweisung von Schuhen, Winterhutmänteln und Dienstkleidern an die Eisenbahn-Direktion Essen war ich zur mündlichen Besprechung am Freitag, den 21. 2., zur Eisenbahn-Direktion, Herrn Assessor Koch befohlen. Die Besprechung hatte nur folgenden Ergebnis: Die Kottenführer, Hilfskottenführer, Vorarbeiter sowie dessen Vertreter sollen, soweit der Vorrat reicht und weitere Sachen noch eingehen, von nächster Woche an mit Schuhen und Winterhutmänteln beliefert werden. Bezüglich Belieferung von Kleidern wird selbiges nach Eingang von Stoffen geschehen. Dem Wunsche des Herrn Assessors Koch gemäß, dieses sämtlichen Kollegen des Direktionsbezirks mitzuteilen, erledige ich hiermit den mir freundlichst gegebenen Auftrag.

Johann Fink.

Bez.-B. Düsseldorf. Nächste Versammlung am Sonntag, den 6. April 1919, vorm. 9½ Uhr, im Worringerhof zu Düsseldorf (Lokal Leop. Bischof, Worringerplatz). Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand. J. A.: D e u b.

Bez.-B. Frankfurt (M.). Die Versammlung wurde am 5. 1. 19, 1½ Uhr nachm., vom 2. Vorsitzenden, Kollegen Schäfer, eröffnet. Tagesordnung: 1. Vom Verlesen der Niederschrift und der Anwesenheitsliste wurde Abstand genommen. 2. Die Zahlung der Beiträge wurde erledigt. 3. Aufgenommen wurden die Kollegen Benz und Sallwey, Bm. 8 Laus. 4. Verschiedenes: In den vorläufigen Beamtenauswahl wurden gewählt Joseph Heuring als Vertreter und Friedrich Hanfel als Ersatzmann. Ferner wurde beschlossen, daß jedes Mitglied einen Beitrag von 5 Mark für Wahlzwecke entrichten soll. Diejenigen Mitglieder, die ihren Beitrag noch nicht entrichtet haben, werden gebeten, denselben so bald wie möglich zu entrichten, damit der Verein seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Auch werden die säumigen Kollegen gebeten, ihre Quartalsbeiträge einzulösen, damit der Kassierer seine Bücher endlich einmal in Ordnung bringen kann. Alle Beiträge sind zu senden an den 2. Kassierer, Kottenführer Joseph Heuring, Frankfurt a. M., West-Schloßstr. 35. Am 6. 4. 19, nachmittags 1 Uhr, findet im Vereinslokal (Gambriushalle) unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: Jahresabschluss und Neuwahl des Vorstandes. Es wird nochmals dringend gebeten, daß sich die Kollegen besser an den Versammlungen beteiligen. In jetziger Zeit sind viele Punkte zu besprechen und zu beschließen und es ist wünschenswert, daß nicht immer ein und dieselben Kollegen die Arbeit machen und die anderen nachher darüber kritisieren. Jeder Kollege muß soviel Pflicht- und Ehrgefühl haben, daß er sich an seinem Standesverein beteiligt.

Der Vorstand. J. A.: S c h ä f e r, 2. Vors.

Bez.-B. Guben. Versammlungsbericht vom 12. 1. 19. Die Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden, Kollegen Neumann, um 11,30 Uhr vorm. eröffnet. Nach Begrüßung der erschienenen Kollegen wurde die Tagesordnung bekanntgegeben und schnell erledigt, da viele Kollegen wegen der schlechten Zugverbindung bald wieder weg mußten. Punkt 1: Die Beiträge wurden gezahlt. Punkt 2: Zur Aufnahme hatte sich niemand gemeldet. Punkt 3: Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Paul Raak einstimmig gewählt. Wegen der Unkosten, die dadurch entstehen, soll in der nächsten Versammlung Beschluß gefaßt werden. Unter Punkt 4 (Verschiedenes) wurden noch mehrere Vereinsangelegenheiten besprochen, welche in der nächsten Versammlung nochmals auf die Tagesordnung kommen sollen. Schluß der Versammlung 1 Uhr nachm. Einladung: Unsere nächste Generalversammlung findet am 6. April 1919, vorm. 11 Uhr, im Gasthof „Goldene Krone“, Berliner Str. statt, wozu auch Nichtmitglieder herzlich eingeladen werden.

J. A.: P o h l e n z, 1. Schrift.

Bez.-B. Halle (Saale). Versammlungsbericht und Anmeldung. Mit einem Neujahrswunsch und Begrüßung der erschienenen Kollegen eröffnete der 1. Vorsitzende, Kollege Menzies, um 3,30 Uhr die Versammlung unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung. Punkt 1 (Verlesen der Niederschrift) konnte nicht erledigt werden, da der 1. Schriftführer nicht anwesend war. Dieser Punkt wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Punkt 2: Das Zahlen der Beiträge wurde durch den 1. Schatzmeister erledigt. Punkt 3 (Aufnahme neuer Mitglieder): Aufgenommen wurden 1. Franz Winkler, Btg.-Aufseher, 2. Karl Raumann, Hilfsstr. 3. Otto Behrend, Hilfsstr. 4. Franz Schuster, Kottenführer. Zu Punkt 4 (Verschiedenes) wurde vom 1. Vorsitzenden ein Antrag eingebracht auf Erhöhung der Beiträge von 2,50 auf 2,75 Mark. Der Antragsteller erläuterte die Ausgaben, die durch Beiträge zum Beamtenbund und dem schon be-

stehenden Beamtenschaft entstehen. Die Erhöhung tritt mit dem 1. April 1919 in Kraft. Sodann entschuldigte sich der 1. Vorsitzende, daß er ohne Zustimmung des Vereins den Beitritt zu dem Beamtenbund vorgenommen habe. Dieses wurde von der Versammlung gutgeheißen. Außerdem legte der 1. Vorsitzende die Sache klar wegen Einberufung der Notversammlung zwecks Wahl eines Beisizers zum Beamtensrat. Als solcher wurde Kollege Adernann gewählt. Hierauf erhielt Kollege Adernann das Wort zu einem sehr lehrreichen Vortrag über die Tätigkeit des Beamtensrats. Es wurden dann noch die Wünsche verlesen, die der Verband dem Ministerium vorzulegen gedenkt. Um 6 Uhr nachmittags wurde die Versammlung geschlossen. Anwesend waren 27 Kollegen. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 13. April 1919, 3½ Uhr nachmittags in Borks Restaurant zu Halle a. S., Kurze Gasse 1, statt.

Otto Mennide, 1. Vorf.

Bez.-B. Leipzig. Versammlungsbericht vom 5. Febr. 19. Der 1. Vorsitzende, Kollege Naumann, eröffnete mit Begrüßung der anwesenden Kollegen die Versammlung. Punkt 1. Bericht über den letzten Versammlungsbeschluss. Der 1. Vorsitzende wies darauf hin, daß der letzte Versammlungsbericht noch nicht in der Zeitschrift bekanntgegeben war und warte die anwesenden Kollegen darüber auf, den Anschluß an den Deutschen Eisenbahnerverband noch etwas zu verschieben. Punkt 2. Bericht von der Versammlung des Beamtensbundes (Gr. Leipzig): Der 1. Vorsitzende gab darüber Aufschluß, wie sich der Beamtensrat in Halle formieren soll und wies darauf hin, daß sämtliche Fachvereine durch Wahl von Vertrauensmännern mitwirkend darin vertreten werden sollen. Punkt 3 (Verschiedenes): Es wurden noch einige kleine Vereinsangelegenheiten besprochen und erledigt. Schluß der Versammlung 7½ Uhr.

J. A.: Libau, 1. Schriftf.

Ortsv. Böhen. Bekanntmachung! Seit dem 1. Januar ds. Js. ist unser Ortsverein dem Bund der Beamten der Preuß.-hess. Staats- und der Reichseisenbahnen beigetreten. Infolgedessen ist der Vierteljahrsbeitrag um 0,20 Mk. erhöht worden, also statt 2,50 Mk. sind jetzt 2,70 Mk. zu zahlen. Diejenigen Vereinsmitglieder, denen dieses bisher noch nicht bekannt gewesen ist, bitte ich, die 0,20 Mk. beim nächsten Vierteljahrsbeitrag mit einzusenden zu wollen. Um eine pünktliche Ablieferung der Beiträge an die Verbandskasse zu fördern, bitte ich die Kollegen, die mit der Zahlung der Beiträge noch im Rückstande sind, dieselben so schnell wie möglich absenden zu wollen.

Ziegler, Kassierer.

Bez.-B. Magdeburg. Einladung. Allen werten Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere diesjährige Generalversammlung am 6. April ds. Js., nachmittags 2 Uhr, in Magdeburg, Kaiserstraße 18, stattfindet. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Hierzu sind alle Kollegen freundlichst eingeladen, auch solche, die unserem Verein noch nicht angehören. Alle Kollegen werden dringend gebeten, wenn irgend möglich, recht zahlreich zu erscheinen. Auch wird gewünscht, recht viele Nichtmitglieder mit einzuführen.

Der Vorstand. J. A.: Arndt, 1. Schriftf.

Bez.-B. Goltau. Einladung! Unsere nächste Versammlung findet am 21. 4. 1919, nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal bei Herrn S. Nieber am Bahnhof statt. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. Weil wir in sehr langer Zeit infolge des Krieges keine Versammlungen haben abhalten können, werden viele Kollegen dabei sein, die während dieser Zeit Wünsche und Erfahrungen gesammelt haben, welche in dieser Versammlung beraten und durchgearbeitet und dem Verband zur weiteren Erledigung vorgetragen werden können.

S. Winkelmann, B.-B. Vorsitzender.

Bez.-B. Stettin. Versammlungsbericht vom 9. Februar 1919. Die Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden um 11 Uhr eröffnet. Er dankte zunächst den Kollegen für ihr Erscheinen. Es waren 13 Kollegen erschienen. Nun wurde zur Tagesordnung übergegangen, welche folgende Punkte umfaßte: 1. Verlesen der Niederschrift, 2. Zahlen der Beiträge, 3. Aufnahme neuer Mitglieder, 4. Verschiedenes. Punkt 1: Die Niederschrift wurde verlesen und angenommen. Punkt 2: Die Zahlung der Beiträge an den 1. Schatzmeister wurde erledigt. Punkt 3: Aufgenommen wurden 5 neue Mitglieder, und zwar die Kollegen Walter Reimer, Karl Pagels, Karl Freest, Paul Bergemann, Walter Dumer. Punkt 4: Beitragserhöhung. Die Beiträge wurden um 50 Pfg. erhöht. Punkt 5: Unter „Verschiedenes“ wurde besonders die Stellung der Hilfsrentenführer in jetziger Zeit besprochen. Daß dieselben mit den ihnen unterstellten Arbeitern im Lohn gleichgestellt sind, kann in keinem Falle gebildet werden. Sie würden ihr Interesse am Dienste verlieren und die persönliche Achtung geht ihnen verloren. Auch wurde die Dienstzeit

der Rentenführer mit eingezogen. Da die eigentliche Dienstzeit 48 Stunden betragen soll, wurde von der Versammlung beschlossen, daß die übrige Dienstzeit, wo der Rentenführer des Nachts oder Sonntags herangezogen wird, entweder bezahlt oder er einen freien Tag in der Woche bekommt. Kollege Nummerow stellte den Antrag, daß wegen der Dienstregelung an den Beamtenbund der Antrag gleich gestellt wird. (Anmerkung der Red.: Ist Sache des Fachverbandes, da dieses nur die Rentenführer angeht.) Da sich keiner mehr zum Wort meldete, wurde die Versammlung um 130 Uhr geschlossen. Nun, Kollegen, strebe ein jeder danach, daß diejenigen Kollegen, welche noch seitwärts stehen, sich an unseren Verband anschließen. Denn es wird nicht lange dauern, und es wird die Zeit kommen, wo es heißt: wer nicht organisiert ist, wird als vogelfrei erklärt. Dann können sie nicht mehr sagen: „Laßt die anderen man arbeiten, was die bekommen, das bekommen wir auch.“ Dann heißt es einfach: „Kaus mit ihnen!“

Müller, 1. Schriftführer.

Drei Wege zum Ziel.

Das wirtschaftliche Streben der breiten Arbeitermassen hat nur Aussicht auf Erfolg durch die Zusammenfassung der reichstrebenden Kräfte, durch die Organisation. Die Organisation benutzt den Hebel der Selbsthilfe, sie schafft die Unterlage für die gegenseitige Solidarität, sie sammelt die Kräfte und wird so zur Macht, die den berechtigten Bestrebungen zum Durchbruch verhelfen kann. Zusammenschluß und Organisation ist zum Zauberwort des wirtschaftlichen Lebens und Strebens geworden. Die Wege zum Ziel sind jedoch vielgestaltig. Es war und ist nicht möglich, alles wirtschaftliche Streben in die Schablone einer Organisation zusammenzupressen. Für den aufwärtsstrebenden Arbeiter gibt es in der Hauptsache drei Wege für seinen wirtschaftlichen Aufstieg und seine wirtschaftliche Sicherung.

1. Die Gewerkschaftsbewegung. Sie dient dem Arbeiter als berufliche Organisation zur Vertretung seiner Interessen beim Abschluß des Arbeitsvertrages. Die berufliche Interessenvertretung sorgt für ein möglichst hohes Einkommen und für sonstige erträgliche Wirtschaftsverhältnisse. Durch die Gewerkschaftsbewegung gewinnt die Arbeiterkraft auch den nötigen Einfluß auf die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ihre unbedingte Notwendigkeit ist heute jedem denkenden Arbeiter klar und wird daher auch kein Arbeiter, der es mit der Hebung seiner wirtschaftlichen Lage ernst meint, der Gewerkschaft fernbleiben.

2. Das Genossenschaftswesen. Die Aufgabe der Gewerkschaften, für ein auskömmliches Einkommen zu sorgen, findet seine notwendige Ergänzung in der genossenschaftlichen Betätigung, die die Kaufkraft des Arbeitslohnes erhöht oder erhalten muß. Was nützen dem Arbeiter hohe Löhne, wenn durch Teuerung und Wucher jede Erhöhung aufgezehrt oder noch überboten wird. Daher brauchen wir die Genossenschaften, Konsumvereine, Wohnungsgenossenschaften usw., die uns die Möglichkeit bieten, unter Ausschaltung des kapitalistischen Gewinns die Bedarfsartikel zu verbilligen und so den Reallohn zu steigern.

3. Die Volksversicherung. Ein dritter Weg wirtschaftlicher Betätigung ist die Volksversicherung. Sie bietet uns die Möglichkeit, etwaige Ersparnisse sicher und rentabel anzulegen und für besondere Schicksalsschläge eine materielle Sicherung zu schaffen. Als wirklich gemeinnützige Einrichtung dieser Art mit den denkbar größten Sicherheiten kann unsere Deutsche Volksversicherung des Reichsartells Elberfeld, Island 11, mit gutem Gewissen empfohlen werden. Jede Anlage in der Volksversicherung ist sicherer und rentabler als in irgendeiner Sparkasse. Die weitgehende Sicherheit liegt in dem vom Reichsaufsichtsamt kontrollierten, mündelsicheren Prämienreservefonds sowie auch darin, daß ein in die Hunderttausende gehender Personenkreis durch laufende Beiträge die Leistungsfähigkeit des Unternehmens und damit die einzelnen Versicherungssummen verbürgt.

Ein weiterer Vorzug der Deutschen Volksversicherung liegt in ihrer Gemeinnützigkeit, die das kapitalistische Gewinnprinzip ausschaltet und alle Überschüsse wieder im Interesse der Versicherten nutzbar macht. Infolge der günstigen Bedingungen und gemeinnützigen Verwaltungspraxis ist das Vertrauen der Massen zu dieser Versicherungseinrichtung gewaltig gestiegen. Die beantragte Versicherungssumme belief sich im Jahre 1917 auf 4 137 560 Mark. Im Jahre 1918 liegt diese Summe auf 14 603 249 Mark. Also eine Steigerung um mehr als das Dreifache.

Notizen.

Christliche Arbeiter in den Nationalversammlungen. Die Liste der zu den Nationalversammlungen Gewählten weist eine ganze Reihe christlicher Arbeiter auf. Beim Zentrum finden wir an bekannten Persönlichkeiten u. a. Stegerwald, Wieber, Joos, Giesbertz, Schlad, Schiffer, Beder-Arnberg, Beder-Berlin, Gilling, Andre, Erling, Bergmann-Röhl, Bruck, Gronowski, Hirtleier, Klost, Rürup, Sprenger, Steger, Stieler, Vogelsang. Bei den anderen Parteien sehen wir u. a. Behrens, Wallbaum, Koch, Knollmann, Winnefeld und die Förderin der Heimarbeiterrinnenbewegung Fräulein Behn.

Mehr als alles andere ist die große Zahl christlicher Arbeiter auf den Parteilisten ein Beweis für die steigende Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung. Nicht nur wirtschaftlich, vor allem politisch. Unter den gewählten Delegierten sehen wir Arbeitervertreter, deren Eintritt ins Parlament wir nicht nur begrüßen, weil sie Arbeiter sind, sondern weil sie Erfahrungen, Einsichten und Gedanken mitbringen, die für das Parlament und für die Parlamentsarbeit ein Gewinn sind. Die Verjüngung der parlamentarischen Vertretung und Blutauffrischung wird der politischen Arbeit zugute kommen. Den Neugewählten ein herzliches Glückauf!

Wie der Hungerkrieg wirkte. Jetzt dürfen die Tatsachen öffentlich genannt werden. In einer Kölner Stadtverordnetenversammlung wurden Feststellungen gemacht, die ganz erschreckend sind. Im Jahre 1918 starben von der Zivilbevölkerung Kölns 2500 Menschen mehr als in den Jahren vor dem Kriege. Das macht pro Tag einen Verlust von sieben Menschen als Opfer der Aushungerung. Die Zunahme der Sterblichkeit traf alle Altersklassen.

Es starben:	im Jahre 1914	im Jahre 1918
im Alter von 5 bis 10 Jahren	114	216
" " " 10 " 20 "	144	486
" " " 20 " 30 "	247	778
" " " 30 " 40 "	286	680
" " " 40 " 50 "	291	504
" " " 50 " 60 "	357	562
" " " 60 und mehr "	1250	1655

Den Hauptanteil an der Sterblichkeit hat die Tuberkulose. Durch umfangreiche Maßnahmen waren die Opfer der Tuberkulose vor dem Kriege wesentlich herabgemindert. Es starben in Köln an Lungentuberkulose im Jahre 1910 738 Personen, 1914 803 Personen, 1918 ungefähr 1800 Personen. Wir sind wieder auf den Stand des Jahres 1900 zurückgeworfen. Der Hunger hat uns zurückgeworfen. Das Hungergespöcht aber bedroht uns heute mehr als je zuvor. Wer kann das bedenken, ohne tief erschüttert zu sein? Ohne den festen Entschluß zu fassen, mit allen Kräften wieder zu fördern, was uns aus diesem Elend herausbringt! Dazu gehört in erster Linie die Herstellung von Ruhe und Ordnung, damit wir Frieden schließen können; dazu gehört Arbeit, damit wir Kredit bekommen für Lebensmittel.

Briefkasten.

Cöln Nr. 100. Die Hilfsbeamtenzeit wird Ihnen, wenn Sie seit dem 1. 7. 07 ständig die Kotte geführt haben, nach den jetzt noch bestehenden Bestimmungen auch von diesem Tage an angerechnet, andererseits erst vom 1. 11. 1907.

Dankagung.

Für die mir vom Verband der Kotten- und Hilfskottenführer anlässlich des Todes meiner Ehefrau überlieferten 150 Mark Sterbegeld spreche ich hiermit meinen besten Dank aus. Dank auch dem Bez.-Verein Stendal für die Geldspende als Ausgleich für den sonst üblichen Kranz. Es ist doch ein Trost für den Betreffenden, wenn man weiß, daß Kollegen auch ein Mitgefühl haben und es hierdurch bekunden. Ich kann nur jedem noch fernstehenden Kollegen den guten Rat geben, sich doch unserm Verband sofort anzuschließen.

Schönfeld, den 9. 2. 1919.

Karl Kostmann, Kottenführer.

Für die Red. verantwortl.: Verbandsvors. Carl Schneider, Dahlhausen-Ruhr. — Für den Inseratenteil verantwortl.: C. Sundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr. — Druck: C. Sundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr.

Versammlungs-Kalender.

Es liegt im Interesse eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen zu besuchen, die Beiträge pünktlich zu zahlen und neue Mitglieder einzuführen.

Aachen, 6. 3. 1919, 2 Uhr, Aachen, Bahnhofstraße 80.
 Allenstein, 6. 4. 1919, 1 1/2 Uhr, Allenstein, Schloßgarten.
 Barmen-R., 6. 4. 1919, 3 Uhr, Ritterhausen, Vereinslokal.
 Berlin, 7. 3. 1919, 7 Uhr, Berlin, Andreasstr. 20.
 Breslau, 6. 4. 1919, 2 Uhr, Breslau, Vereinslokal.
 Bremen, 13. 4. 1919, 2 Uhr, Bremen, Rest. D. Schnaaf.
 Eßleben, 6. 4. 1919, 3 1/2 Uhr, Eßleben-Neustadt.
 Dortmund, 6. 4. 1919, 3 Uhr, Dortmund, Vereinslokal.
 Düsseldorf, 6. 4. 1919, vorm. 9 1/2 Uhr, Düsseldorf, Rest. Bischof.
 Duisburg, 21. 4. 1919, 2 1/2 Uhr, Duisburg, Vereinslokal.
 Essen, 13. 4. 1919, 3 Uhr, Essen, Vereinslokal.
 Frankfurt a. M., 6. 4. 1919, 1 Uhr, Frankfurt, Vereinslokal.
 Guben, 6. 4. 1919, vorm. 11 Uhr, Guben, Goldene Krone.
 Halle, 13. 4. 1919, 3 1/2 Uhr, Halle-S., Borks Rest.
 Hagen, 6. 4. 1919, 3 1/2 Uhr, Hagen, Vereinslokal.
 Hannover, 6. 4. 1919, 3 Uhr, Hannover, Hotel zur Post.
 Lissa i. P., 6. 4. 1919, 1 Uhr, Lissa, Vereinslokal.
 Magdeburg, 6. 4. 1919, 2 Uhr, Magdeburg, Kaiserstr. 18.
 Paderborn, 6. 4. 1919, 12 Uhr, Paderborn, Altdutsche Bierstube.
 Schneidemühl, 6. 4. 1919, — Schneidemühl, Eisenbahnkantine.
 Stendal, 18. 4. 1919, 2 1/2 Uhr, Stendal, Gasthof Genski.
 Soltau, 21. 4. 1919, 2 Uhr, Soltau, Rest. Kießer.

Beileid.

Unserm Kollegen, Hilfskottenführer

Karl Scholl

in Eßleben zum Tode seiner Ehefrau unser herzlichstes Beileid.

Der Vorstand des Bez.-V. Erfurt.

J. A.: Leder, 1. Vorf.

Glückwunsch.

Unserm lieben Kollegen dem Kottenführer

Paul Scheermann

in Strehlen (Schl.) zu seinem am 4. Febr. stattgefundenen 25jähr. Dienstjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Der Vorstand des Bez.-V. Breslau.

J. A.: H. Scholz, 1. Vorf.

Drucksachen

aller Art von den einfachsten bis den feinsten Ausführungen liefert schnell und billig die

Buch- und Kunstdruckerei

C. Hundt sel. Wwe., Hattingen.